

von Pascal Büsser

**A**us Sicht der Gegner ist klar: Ein Stadtparlament verursacht «hohe Kosten» und «hohe Steuern». So steht es im Abstimmungsflyer, den das Nein-Komitee allen Haushalten in Rapperswil-Jona zukommen liess. Doch wie hoch wären die Kosten für ein Parlament in Rapperswil-Jona (27 000 Einwohner, 36 Sitze) effektiv?

Ein Blick auf andere Parlamentsstädte bringt Anhaltspunkte. In der Stadt Wil (24 000 Einwohner, 45 Sitze) hat das Parlament 2013 mit knapp 360 000 Franken zu Buche geschlagen. Davon sind gut 200 000 Franken Sitzungsgelder und Entschädigungen an Parlamentarier und Fraktionen. Das heisst pro Parlamentarier und Jahr werden rund 4500 Franken aufgewendet.

#### Kosten gegen eine halbe Million

Die restlichen 160 000 Franken wurden 2013 für Personal, Administratives, Mieten, Drucksachen und Ähnliches gebraucht. Nicht verrechnet sind die Kosten, die Vorstösse aus dem Parlament in der Verwaltung auslösen. Diese seien schwierig zu erheben, sagt der Wiler Medienbeauftragte Stefan Hauser.

Die Stadt Zug (28 000 Einwohner, 40 Sitze) hat die Kosten, die ein Vorstoss auslöst, – auf Anfrage eines Parlamentariers – zu berechnen versucht. Und kam auf einen Schnitt von 3000 Franken. Die Zahl der Vorstösse schwankte



Entschädigung von 2000 bis 5000 Franken pro Jahr: Aus finanziellen Gründen lohnt es sich kaum, Stadtparlamentarier zu werden – im Bild Abgeordnete in St. Gallen.

Bild Regina Kühne

# So viel kostet ein Stadtparlament

Die Organisation eines Stadtparlaments kostet etwas mehr als das System Bürgerversammlung. Relevanter sind indes die indirekten Auswirkungen eines Parlaments auf die Finanzen. Was heisst das für Rapperswil-Jona?

#### Initiative für ein Stadtparlament

suedostschweiz.ch/dossier



dabei vom Jahr 2000 bis 2013 zwischen 19 und 53. Im Durchschnitt gab es pro Jahr also 37 Vorstösse. Somit ergeben sich daraus Kosten von gut 100 000 Franken. Zusätzlich zum Parlamentsbetrieb, der in Zug 2012 rund 450 000 Franken kostete. 2013 wegen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) gar etwas mehr als eine halbe Million.

In Wetzikon (24 000 Einwohner, 36 Sitze), das 2014 ein Parlament eingeführt hat, rechnet man 2015 ebenfalls mit Kosten von rund einer halben Mio. Franken, wie Stadtschreiber Marcel Peter erklärt – ohne Vorstösse.

Die Initianten gehen in Rapperswil-Jona von direkten Kosten von 300 000 bis 350 000 Franken aus. Was angesichts der Kosten in genannten Städten konservativ berechnet sein dürfte.

Zum Vergleich: Die direkten Kosten der Bürgerversammlung hat der Stadtrat von Rapperswil-Jona vor einiger

Zeit mit 50 000 bis 70 000 Franken beziffert. Das ergibt bei zwei bis drei Versammlungen Kosten von 100 000 bis 200 000 Franken pro Jahr. Personalaufwand in der Verwaltung ist darin nicht eingerechnet.

Fazit: Das Parlament verursacht etwas höhere direkte Kosten als die Bürgerversammlung. Allerdings blieben diese unter einem Steuerprozent. Sie dürften folglich kaum das entscheidende Argument sein. Zumal im Fall von Rapperswil-Jona Mitbestimmungsgefässe wie die Mobilitätszukunft entfallen würden, für die Aufwände im sechs- bis

siebenstelligen Bereich angefallen seien, wie die Befürworter argumentieren.

#### Mehr Aufwand für die Verwaltung

Finanziell relevanter ist die Frage, was für indirekte Kosten ein Parlament auslöst. Die Gegner monieren, dass Parlamentsstädte einen höheren Steuerfuss als Rapperswil-Jona haben (siehe Box). Auch, weil ein Parlament zu Mehraufwand in der Verwaltung führe.

Dass Letzteres der Fall ist, wird in den angefragten Städten bestätigt. «Budget, Rechnung und Geschäftsbericht müssen detaillierter aufgearbei-

tet werden», sagt etwa Marcel Peter, Geschäftsführer der Stadt Wetzikon, die erst vor einem Jahr ein Parlament eingeführt hat. Man versuche, den Mehraufwand mit Effizienzsteigerungen und dem Abbau gewisser anderer Leistungen aufzufangen. Peter schliesst aber nicht aus, dass man mittelfristig zwei bis drei zusätzlich Stellen in der Stadtverwaltung brauche – bei aktuell rund 500 Mitarbeitenden.

«Das Parlament übt sicher auch mehr Druck auf den Stadtrat aus», sagt Peter. Dieser müsse Geschäfte vertiefter vorbereiten und auf Gegenargumente

vorbereitet sein. Der Stadtschreiber sieht darin auch einen positiven Effekt. «Die Qualität der Geschäfte hat sich gesteigert», konstatiert er.

Das wegen des Parlaments der Verwaltung grosse Mehraufwände entstehen, relativiert derweil Martin Würmli, Stadtschreiber von Zug. Bei kleineren Gemeinden treffe dies wohl zu. Städte in der Grösse von Zug oder Rapperswil-Jona müssten Geschäfte auch ohne Parlament formal sauber vorbereiten. «Letztlich ist die Frage, wie viel einem die Kontrollfunktion des Parlaments wert ist», findet Würmli.

## Rapperswil-Jona lässt in Sachen Gemeindesteuern nicht alle Parlamentsstädte hinter sich

Die Gegner eines Stadtparlaments monieren, dass die **Parlamentsstädte** im Kanton **höhere Steuerfüsse** aufweisen als Rapperswil-Jona (90 Prozent). Sie zeigen dabei auf Gossau (126 Prozent), Wil (129) und St. Gallen (144). Allerdings gibt es national auch andere Bei-

spiele. Das extremste dürfte die Stadt Zug sein, wo Steuerpflichtige aller Lohnklassen klar weniger Gemeindesteuern zahlen als in Rapperswil-Jona. In **Dübendorf** ist die **Steuerbelastung für Normalverdiener** mit steuerbaren Einkommen unter 150 000 Franken **ähn-**

**lich tief** wie in Rapperswil-Jona, wie ein Vergleichstool der Zürcher Kantonalbank zeigt. Je nach Zivilstand und Vermögen variiert das Ranking. Laut Reto Steiner vom Kompetenzzentrum für Public Management an der Uni Bern gibt es keine Untersuchungen dazu, ob

**Städte mit Parlament höhere Steuerfüsse** aufweisen als solche ohne. «Ich **bezweifle**, dass es einen **direkten Zusammenhang** gibt», sagt Steiner. Ebenso wenig seien ihm Studien bekannt, die zeigen, ob Parlamente mehr Ausgaben bewilligen als Bürgerversammlungen oder

durch kritischere Auseinandersetzungen Kosten senken. «Es gibt Effekte auf beide Seiten.» Welche überwiegen, sei strittig. Dass die Verwaltung durch das Parlament unter Druck komme, könne auch positiv wirken und diese zu mehr Effizienz zwingen, meint Steiner. (pb)

### Serie zur Initiative für ein Stadtparlament

Am 10. Juni stimmt die Bürgerversammlung von Rapperswil-Jona über die Initiative für ein Stadtparlament ab – und damit über ihre eigene Abschaffung. Ein Komitee aus SVP, SP, UGS, Grünliberalen und Parteilosen hat im letzten Herbst für das Anliegen über 1100 Unterschriften in der Stadt gesammelt. CVP und FDP bekämpfen das Vorhaben. Rapperswil-Jona ist neben Baar die **einzigste Schweizer Stadt mit über 20 000 Einwohnern ohne Parlament**. In einer Montagsserie beleuchtet die «Südostschweiz» Vor- und Nachteile des heutigen Systems und eines Stadtparlaments. Und lässt Gegner und Befürworter zu Wort kommen. (pb)

### Tribüne

## Demokratische Legitimation

**Yvonne Suter**  
Präsidentin  
CVP Rapperswil-Jona



**R**apperswil-Jona darf sich zu Recht als Erfolgsmodell bezeichnen. Es gibt nur wenige Städte, die eine solch attraktive Infrastruktur, beste öffentliche Dienstleistungen, einen schön gestalteten Lebensraum, eine positive wirtschaftliche Dynamik und eine bürgernahe Verwaltung mit einem tiefen Steuerfuss verbinden. Dass dem so ist, hat entscheidend damit zu tun, dass die

Bevölkerung in Rapperswil-Jona direkt mitbestimmen kann und die Verantwortung nicht an Parteipolitiker in einem Parlament abgetreten hat. Bei der Fusion war es der Bevölkerung ein grosses Anliegen, dass die Bürgerversammlung nicht durch ein Parlament ersetzt wird. Dieser Entscheidung hat sich ausbezahlt. Die direkte Mitbestimmung der Bürger verhindert, dass die Politik beginnt, auf dem Buckel der Steuerzahler ein von parteipolitischen Scharmützeln geprägtes Eigenleben zu führen. Es ist kein Zufall, dass alle Parlamentsstädte im Kanton höhere Steuerfüsse haben als Rapperswil-Jona und diese in den letzten Jahren – im Gegensatz zu hier – sogar noch erhöht wurden.

Mir ist es allemal wohler, wenn durchschnittlich 350 Bürger an der Bürgerversammlung über die Geschicke der Stadt bestimmen, als wenn gerademal 36 Stadtparlamentarier sich als Vertreter der Bevölkerung aufspielen. Denn eines ist klar: Auf Gemeindeebene macht ein Parlament aus Parteivertretern wenig Sinn. Hier wird über konkrete Projekte (Pflegezentrum, Schulhaus, Sportplatz, Mittagstisch) entschieden und nicht über Gesetze, bei denen man sich nach dem Links/Rechts-Schema die Köpfe einschlägt. Oder um die Wortwahl von SVP-Vizepräsidentin Keller-Inhelder aufzunehmen: Demokratisch legitimiert sind Bürger an der Bürgerversammlung, nicht Parteipolitiker in einem Stadtparlament.

Auch die weiteren Argumente überzeugen nicht: Ein solch schlimmer Planungsfehler wie das millionenschwere Solardebakel in der Parlamentsstadt Gossau ist in Rapperswil-Jona noch nie passiert. Auch beim endlosen Trauerspiel um den Marktplatz in St. Gallen hat das Stadtparlament gar nichts genützt. Und wenn man das Hohelied der «engagierten und qualifizierten Köpfe» in den Stadtparlamenten singt, lohnt ein Blick nach St. Gallen, wo nach zwei Jahren schon jeder dritte Stadtparlamentarier wieder zurückgetreten ist, oder nach Wil, wo die SVP keine Einheimischen mehr fand und deshalb Sarah Bösch aus St. Gallen nach Wil ins Stadtparlament holte.